

rechtigkeit und Zweckmäßigkeit nicht die gebührende Geltung zugestand.“⁴ „Mögen die, welche die Geschicke der Völker in den Händen haben, darauf bedacht sein, alles zu vermeiden, was die Lage, in der wir uns befinden, noch schwieriger gestalten und uns noch weiter gefährden könnte. Mögen sie das wunderbare Wort des Apostels Paulus beherzigen: ‚Soviel an euch liegt, habt mit allen Menschen Frieden‘.“⁵

Verlauf und Ergebnis des „Zentrumsstreites“ (1906-1909)

Von ERNST DEUERLEIN

Die Diskussion über den Charakter des „Zentrums“¹ hat dessen Entwicklung wie ein Schatten begleitet. Immer wieder ist die Frage nach Stellung und Haltung des Zentrums aufgeworfen und beantwortet worden. Bereits am 31. Januar 1871 hat Hermann von Mallinckrodt (1821—1874) das Programm des Zentrums im Deutschen Reichstag entwickelt und dabei festgestellt: „Der erste Punkt ist die Betonung des strengen Standpunktes des positiven und historischen Rechts, der zweite ist das Prinzip der religiösen Freiheit für *alle* Bekenntnisse . . . Der dritte Punkt ist das Prinzip der Dezentralisation im Gegensatz zu den Tendenzen des Unitarismus“.²

Ludwig Windthorst (1812—1891) hat in Verfolg dieser Auffassung am 31. Januar 1872 erklärt: „Die Fraktion, der ich angehöre, ist keine konfessionelle. Das Programm derselben ist öffentlich bekannt gemacht und wir haben auf Grund desselben jeden eingeladen, der diese Grundsätze annehmen will und wer darauf akzeptierend eintritt, ist uns willkommen, welcher Konfession er immer angehöre.“³

Am gleichen Tag hat sich auch Mallinckrodt veranlaßt gesehen, im Reichstag erneut auf den Charakter des Zentrums einzugehen. Er hat dabei ausgeführt: „Wir haben ihnen drei- und viermal gesagt: Wir sind keine konfessionelle Fraktion. Wir wollen es auch nicht sein. Wir sind es prinzipiell

⁴ *Albert Schweitzer*, Das Problem des Friedens in der heutigen Welt (Rede bei der Entgegennahme des Nobel-Friedenspreises in Oslo am 4. November 1954), München 1954, C. H. Beck, S. 4.

⁵ a. a. O. S. 20.

¹ Es ist weder möglich noch veranlaßt, die Vielzahl selbständiger Veröffentlichungen, Flugschriften und Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften, die zu dem bearbeiteten Thema gesichtet und eingesehen worden sind, anzuführen. Zu nennen sind: *Karl Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumsparlei. 8 Bde. 1927 ff. / *Ders.*, Die Zentrumsparlei. In: *Laband-Rothschild*, Handbuch der Politik. 2. Aufl. 1914. Bd. 2, S. 14—24. / *Karl Buchheim*, Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland. 1953. / *W. Hankamer*, Das Zentrum, die politische Vertretung des katholischen Volksteiles. 1927. / *Karl Hoeber*, Der Streit um den Zentrumscharakter. 1912. / *Heinrich Maria Krueckemeyer*, Ist das Zentrum eine konfessionelle Partei? 1908. / *Ders.*, Köln und Koblenz, die Osterdienstags-Konferenz und ihre Folgeerscheinungen. 1909. / *Ders.*, Zentrum und Katholizismus. 1912. / *Ders.*, Aus Windthorsts Zeit. Zeugnisse der Gründer und ersten Führer des Zentrums. 1929. / *M. Pfeiffer*, Die Zentrumsparlei. In: *Walter Rothschild*, Handbuch der Politik. 3. Aufl. 1921, Bd. 3, S. 80—88. / *Felix Rachfahl*, Zentrum. In: *Paul Herre*, Politisches Handwörterbuch. 1923, Bd. 2, S. 1011—1016. / *Joseph Schofer*, Das Zentrum einst und jetzt. 1924. / *Karl Anton Schulte*, Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken in der deutschen Politik. 1929.

Zitiert nach: *Hoeber* a. a. O. S. 56.

Zitiert nach: *Hoeber* a. a. O. S. 56.

nicht nach unserem Programm. Wir sind es tatsächlich nicht insofern, als wir im Reichstag auch protestantische Mitglieder zählen.“⁴ Im gleichen Jahre hat Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler (1811—1877), Bischof zu Mainz, in einer Flugschrift „Die Zentrumsfraktion auf dem 1. Deutschen Reichstag“ mit Nachdruck betont: „Die Zentrumspartei ist soweit davon entfernt, eine exklusiv katholische zu sein, daß die entschiedensten Anhänger des Protestantismus, wenn sie nur auf dem Boden des positiven Rechts und der rechtlichen Politik stehen, ihr angehören und in dieser Beziehung alle ihre Forderungen und Bestrebungen teilen können.“ Gleichzeitig hat Ketteler der Hoffnung Ausdruck verliehen, es könne die Zentrumsfraktion von großer Bedeutung für Deutschlands Zukunft werden, wenn sich auf dem Grunde der oben entwickelten Prinzipien jene Männer, Katholiken wie Protestanten, friedlich vereinigten, welche in der Trennung des Deutschen Reiches vom Boden des Christentums den Keim des Verderbens kennen, und welche zugleich, solange wir nun einmal im Glauben getrennt sind, für das friedliche Zusammenleben im gemeinsamen Vaterlande eine feste und rechtliche Grundlage suchen.“⁵ Dem am 26. Mai 1874 verstorbenen Mallinckrodt hat die in Hannover erschienene evangelische „Deutsche Volkszeitung“ nachgerühmt, wohl zu den ersten gezählt zu haben, „die da erkannten, daß der tiefe Gegensatz, welcher die Katholiken von den Protestanten seit der Reformation geschieden hat, in der Gegenwart mehr zurücktreten müsse, weil der Gegensatz, welcher heute die Christen in Europa bewegt und treibt, im Grunde nur der zwischen Christentum und Heidentum ist.“⁶

Josef Edmund Jörg (1819—1901), Herausgeber der „Historisch-Politischen Blätter für das katholische Deutschland“, langjähriges Mitglied der bayerischen Kammer der Abgeordneten, vorübergehend auch Mitglied des Deutschen Reichstags, hat die 1881 in Frankfurt veranstaltete „Unions-Konferenz“ als verheißungsvollen Auftakt zu einer politischen Neugruppierung und zu einer politischen Verständigung der Konfessionen begrüßt. Bereits einige Jahre vorher hat er, der der Entwicklung des Protestantismus in Deutschland niemals kritiklos gegenübergestanden ist, festgestellt: „Wenn man jetzt die Organe der neuen Parteibildung auf protestantischem Gebiet beobachtet, so macht man immerhin die tröstliche Wahrnehmung, daß es nun doch für die Kinder eines Volkes wieder möglich werden kann, trotz der konfessionellen Trennung sich gegenseitig zu verstehen. Das wollte der Liberalismus für alle Zeiten unmöglich machen. — Katholiken und Protestanten sollten sich nie mehr verstehen können, dann hätte Deutschland ihrer Partei als ihre Domäne gehört.“⁷ Über die Frankfurter „Unions-Konferenz“ hat Jörg festgestellt: „In der Frankfurter ‚Unions-Konferenz‘ — nicht zwischen Vertretern beider Kirchen, sondern zwischen Politikern aus beiden Konfessionen — hat vor allem die Tatsache ihren Ausdruck gefunden, daß die instinktive Angst vor den kommenden Dingen bereits mächtig genug ist, den gemächlichen Vertrauensdusel in den verschiedenen Kreisen,

⁴ Zitiert nach: Hoerber a.a.O. S. 56.

⁵ Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler, Die Zentrumsfraktion auf dem ersten Deutschen Reichstag. 1872. S. 16 ff.

⁶ Vgl. Otto Pfälf, Hermann v. Mallinckrodt. 2. Aufl. 1901. S. 557.

⁷ Historisch-Politische Blätter. Jahrg. 1876. Bd. II. S. 652 f.

welche sich konservativ nennen, auf den Grund aufzurütteln und über Barrieren hinüberzuhelfen, deren Überspringen bis dahin wohl auch von manchen Teilnehmern an der Konferenz selber für unmöglich erachtet wurde. Sich über den konfessionellen Gegensatz hinüber zu einer politischen Union die Hand zu reichen, das war der Zweck der Konferenz und es ist damit ein viel versprechender Schritt in dieser Richtung geschehen. Noch vor wenigen Jahren begegnete man fast mitleidigem Lächeln, wenn man die Sehnsucht nach einem solchen Ziele auszusprechen wagte. Jetzt hat eine stattliche Anzahl von Männern beider Konfessionen in Frankfurt am Main bewiesen, daß eine ehrliche und hinterhaltlose Einigung zu politischem Zusammenwirken trotz allem erreichbar, ja im Keime bereits verwirklicht ist.“

Weitgesteckte Hoffnungen hat Jörg mit diesem, in der deutschen Parteigeschichte bisher nicht gewürdigten Ereignis verbunden: „Es war das erste Mal, daß Angehörige beider Konfessionen in freier Vereinigung auf deutschem Boden zusammentraten, um, des vererbten Haders vergessend, in gegenseitigem Vertrauen über die gemeinsame Not des Vaterlandes zu beratschlagen. Wir wollen nicht wiederholen, weshalb wir den Tag als glücklich preisen: Möge die Sprache der Frankfurter Konferenz nur bald in den Parlamenten erschallen. Wir täuschen uns nicht über die riesenhafte Aufgabe, aber nur für die Schultern *einer* Konfession wäre sie zu schwer.“⁸ Auf der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Bochum (1889) hat Windthorst ausgerufen: „Die Kontroversfragen der Konfessionen gehören nicht in die politische Agitation, sondern in die wissenschaftliche Diskussion, in den Katechismusunterricht und auf die Kanzel, und auch da werden sie auf beiden Seiten in einer würdigen und angemessenen Sprache zu behandeln sein.“⁹

Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, Ernst Maria Lieber (1838—1902), hat am 21. Februar 1898 auf eine Anfrage über den Charakter des Zentrums erklärt: „Das Zentrum ist keine religiöse, keine konfessionelle, keine kirchliche, sondern eine politische Partei. Mit diesem, in ganz bewußtem und entschiedenem Gegensatze zur alten katholischen Fraktion genommenen und jederzeit klar und bestimmt behaupteten Standpunkte steht und versinkt es selbst. Nicht der Katholik, sondern der Anhänger des Parteiprogramms, wie es in Satzungen und Wahlaufufen seit 1870 fest beschlossen niedergelegt ist, muß zur Mitgliedschaft verlangt, aber auch zugelassen werden. Dr. Brüel und v. Gerlach, der Heidelberger Rechtsanwalt Schulz, alle alten Hannoveraner, waren wirkliche Mitglieder, nicht bloße Hospitanten der Fraktion. Und was von diesen gilt, muß auch von den Zentrumsvereinen festgehalten werden.“¹⁰

Der katholische Historiker Johannes Janssen (1829—1891) hat sich 1890 für die Drucklegung einer Flugschrift aus der Feder eines evangelischen Theologen eingesetzt, die den Titel trägt: „Ein Wort zum Frieden in dem konfessionellen Kampf der Gegenwart“. In ihr heißt es u. a.: „Die Kirche ist Eine, sie ist auch in der Trennung Eine geblieben. Wir, Evangelische und Katholiken, sind nicht völlig voneinander getrennt. Wir sind immer noch

⁸ Historisch-Politische Blätter. Jahrg. 1881. Bd. I. S. 145 f. und S. 158 f.

⁹ Julius Bachem, Ludwig Windthorst. 1912. S. 13.

¹⁰ Fotokopie bei: Hoeber a. a. O. S. 139.

Christen. Der Hoffnung auf die Einigung entsagen, heißt Christum verleugnen. Im Hinblick auf das Heil, das uns gemeinsam ist, vermögen wir in dem Haß der Angehörigen beider Kirchen gegeneinander nur das bewußte oder unbewußte Einstimmen in die Verleugnung des Heils im allgemeinen unter Betäubung des Gewissens mit dem Sonderbekenntnis zu erkennen. Wem alles Positive, die Kirche als solche, ein überwundener Standpunkt ist, dem wird es leicht, die andere Kirche preiszugeben. — Was sagen die Feinde? So ist's recht, rennt euch die Köpfe gegeneinander ein, dann gehen wir mit der Beute davon.“¹¹ Trotz dieser weit verbreiteten Auffassungen sind immer wieder Versuche unternommen worden, das Zentrum in eine ausschließlich katholische Fraktion umzuwandeln. So ist erwogen worden, der 40. Generalversammlung der deutschen Katholiken in Würzburg (1893) einen entsprechenden Antrag zu unterbreiten.¹² Angesichts des unpolitischen Charakters der Katholikentage ist von einer Antragstellung schließlich Abstand genommen worden.

Trotz immer wieder vorgetragener Erkenntnisse über die Notwendigkeit zur Ausweitung des Zentrums zu einer allgemein christlichen Partei und trotz immer wieder unternommener Versuche zur Bildung eines evangelischen Flügels im Zentrum ist dieses vorwiegend auf den katholischen Volksteil beschränkt geblieben. Die Folge ist eine stagnierende Begrenzung der Sitze des Zentrums im Deutschen Reichstag und in den Landtagen gewesen:

*Das Zentrum im Deutschen Reichstag 1871—1918*¹³

Reichstagswahl	Gesamtzahl der Mandate	Mandate des Zentrums	Hundertsatz der Zentrumsmandate	Hundertsatz der für das Zentrum abgegebenen Stimmen
1871	382	63	16,5	18,6
1874	397	91	22,9	27,8
1877	397	93	23,4	24,8
1878	397	94	23,7	23,1
1881	397	100	25,2	23,2
1884	397	99	24,9	22,8
1887	397	98	24,7	20,1
1890	397	106	26,7	18,5
1893	397	96	24,2	19,1
1898	397	102	25,7	18,7
1903	397	100	25,2	19,7
1907	397	105	26,4	19,3
1912	397	91	22,9	16,3

¹¹ Zitiert nach: *Hoerber* a.a.O. S. 72.

¹² *Johannes B. Kißling*, Geschichte der deutschen Katholikentage. 2 Bde. Bd. 2. 1923. S. 261 ff.

¹³ Nach: Staatslexikon. 5. Aufl. Bd. 5. 1932. Sp. 1586. / *M. Hagmann*, Der Weg ins Verhängnis. 1946.

Eine ähnliche zahlenmäßige Begrenzung weist die Entwicklung der Zentrumsitze in den Länderparlamenten auf, wofür lediglich die Ergebnisse der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus und zur bayerischen Kammer der Abgeordneten angeführt zu werden brauchen:

a) Das Zentrum im preußischen Abgeordnetenhaus 1871—1918¹⁴

Wahlen zum Abgeordnetenhaus	Gesamtzahl der Mandate	Mandate des Zentrums	Hundertsatz der Zentrumsmandate
1870	433	58	13,4
1873	433	90	21,2
1876	433	84	20
1879	433	95	22,4
1882	433	94	22,1
1885	433	97	22,8
1888	433	97	22,8
1893	433	94	21,9
1898	433	100	23
1903	433	97	22,4
1908	443	104	23,4
1912	443	103	23,2

b) Bayerische Patriotenpartei bzw. Bayerisches Zentrum in der bayerischen Kammer der Abgeordneten 1869—1918¹⁵

Wahlen zur Kammer der Abgeordneten	Gesamtzahl der Mandate	Mandate der B. Patriotenpartei bzw. des B. Zentrums
1869	154	80
1875	156	79
1881	159	86
1887	159	81
1893	159	74
1899	159	84
1905	159	102
1907	163	98
1912	163	87

Diese Zahlen machen deutlich, daß der politischen Entfaltungsmöglichkeit des Zentrums vornehmlich im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus enge Grenzen gezogen waren. Sie haben verständlicherweise Überlegungen ausgelöst, die entweder beim „Charakter des Zentrums“ eingesetzt

¹⁴ Nach: Staatslexikon. 5. Aufl. Bd. 5. 1932. Sp. 1586.

¹⁵ Nach: Staatslexikon. 5. Aufl. Bd. 1. 1926. Sp. 649.

oder auf diesen in Verlauf ihrer Bemühungen gestoßen sind. Die wachsende Beteiligung des Zentrums an der Stützung der Reichspolitik und der sie gestaltenden Reichskanzler hat in seinen Vertretern den Wunsch wachgerufen, auch ihre zahlenmäßige Stärke zu vermehren.

I.

Die Flut der Angriffe und Verleumdungen gegen den Katholizismus ging nach der sehr formalen Beendigung des „Kulturkampfes“ nur langsam zurück. Versuche, z. B. das „Jesuitengesetz“ — in der Schlußabstimmung des Deutschen Reichstages am 19. Juni 1872 mit 181 gegen 93 Stimmen angenommen und im Reichsgesetzblatt am 4. Juli 1872 verkündigt — in seiner Gesamtheit aufzuheben, scheiterten immer wieder. Nach dem Eintritt in das 20. Jahrhundert brandeten erneut Wogen unfreundlicher und feindlicher Empfindungen gegen den deutschen Katholizismus an. Die Berufung des 26jährigen Historikers Martin Spahn (1875—1945), des Sohnes des Zentrumsabgeordneten Peter Spahn (1845—1925), auf einen neu errichteten, mit einem Katholiken zu besetzenden Lehrstuhl für Geschichte an der Universität Straßburg löste einen Sturm aus, der nach einer Leserzuschrift des greisen Theodor Mommsen (1817—1903) in den „Münchner Neuesten Nachrichten“ den Parteigängern des Liberalismus jede Besonnenheit nahm. Mit einem hohen, ihm adäquaten Pathos hatte Mommsen erklärt: „Es geht durch die deutschen Universitäten ein Gefühl der Degradierung. Unser Lebensnerv ist *voraussetzungslose Forschung*, die nicht das findet, was sie nach Zweck, Erwägungen und Rücksichtnahme finden soll und finden möchte, was außerhalb der Wissenschaft liegenden praktischen Zielen dient, sondern was logisch und historisch dem gewissenhaften Forscher als das Richtige erscheint, in ein Wort gefaßt: Die Wahrhaftigkeit ... Ein Axtschlag ist jede Einstellung des Universitätslehrers, dessen Forschungsfreiheit Schranken gezogen werden.“¹⁶ Erst in den 1949 erschienenen Erinnerungen Friedrich Meineckes (1862—1954), der zusammen mit Spahn nach Straßburg berufen worden war, lief die Erregung aus, die der „Fall Spahn“ verursacht hatte. Meinecke erklärte: „Mir war schon damals bei dem Schlagworte — von der voraussetzungslosen Wissenschaft — nicht ganz wohl und ich bin dann früh weitergegangen und sehe in den Voraussetzungen, unter denen wir forschen, nicht nur eine Hemmung, mit der wir ernst zu ringen haben, sondern auch eine seelische Kraftquelle, die wir nicht entbehren können.“¹⁷

Meinecke bestätigte, was Georg Freiherr von Hertling (1843—1919), seit 1882 Ordinarius für Philosophie an der Universität München, inmitten des Sturmes vertrat. Wie Hertling 1887 dem Göttinger Theologen Albert Ritschl über Ziel und Inhalt der katholischen Wissenschaft geantwortet hatte, antwortete er 1902 Mommsen. Nicht nur in einem berühmt gewordenen „Offenen Brief“. Auch vor den Generalversammlungen der Görres-Gesellschaft in Breslau und Straßburg griff Hertling die durch Mommsen ausgelöste Kontroverse auf. Er verwies auf die Unfähigkeit der Anhänger der naturalistischen Weltanschauung, Prinzipien und Methoden der katholischen Wis-

¹⁶ Josef Donat, Die Freiheit der Wissenschaft. 1910. S. 142 f.

¹⁷ Friedrich Meinecke, Straßburg / Freiburg / Berlin. 1901—1919. 1949. S. 12 f.

senschaft zu verstehen: „Wissenschaft ist ihnen ausschließlich Erkenntnis dessen, was in die Erfahrung tritt an der Hand und nach Maßgabe des Kausalgesetzes. Der Katholizismus ist nicht nur transzendent wie jede Metaphysik, sondern er lehrt ausdrücklich eine höhere, jeden Mechanismus der Naturgesetze überragende Ordnung des Wunders und der Gnade.“

Auf der Generalversammlung der Görres-Gesellschaft in Straßburg (1903) beschäftigte sich Hertling erneut mit der „Wissenschaftlichen Voraussetzungslosigkeit und dem Katholizismus“ und erörterte die Fragwürdigkeit des Schlagwortes, das seinen Weg durch die liberale Presse genommen hatte. Es ging Hertling dabei nicht nur um Abwehr der Angriffe, — es ging ihm in erster Linie um die Mitarbeit der deutschen Katholiken an der deutschen Wissenschaft. Sich für sie einzusetzen, sah er als eine ausdrückliche Aufgabe an: „Wir protestieren gegen die Anmaßung, als ob nur der Unglaube in wissenschaftlichen Versammlungen das Wort führen dürfe und treten ein für das Recht des katholischen Gelehrten.“¹⁸ Die mit dem „Fall Spahn“ ausgelöste Kontroverse, für dessen Antinomien nach Friedrich Meinecke erst das Jahr 1914 Verständnis geweckt hätte, setzte sich in der Debatte um die katholischen Korporationen fort, in deren Existenz Deklaranten von Hannover und Charlottenburg, von Göttingen und Jena eine Bedrohung der akademischen Freiheit gesehen hatten. Es wurde verlangt, Mitglieder konfessioneller, vornehmlich katholischer Studentenkorporationen von allen studentischen Ausschüssen auszuschließen und fernzuhalten. In einer ausführlichen Erwiderung vertrat Hertling, immer wieder als sachlicher und überzeugender Wortführer des deutschen Katholizismus hervortretend, daß der Lehrfreiheit der Professoren die Lernfreiheit der Studenten entspreche. Die akademische „Libertas“ unterscheide sich von der „licentia academica“ durch die innere Freiheit, mit der der Student sein Leben und sein Studium gestalte. Sie setze voraus, daß er die von ihm beanspruchte Freiheit uneingeschränkt anderen zugestehe. Die von den Jenenser Demonstranten abgegebene Erklärung, der Katholizismus an sich stehe im Widerspruch mit der akademischen Freiheit, zeige die Verwandtschaft der Aktion gegen die katholischen Korporationen mit dem im Interesse der voraussetzungslosen Wissenschaft unternommenen Ansturm gegen den Katholizismus. Hertling verwies auf den in gewissen Kreisen nicht ausrottbaren Irrtum über das Verhältnis des Katholizismus zur Wissenschaft. Gleichzeitig betonte er die Notwendigkeit katholischer Korporationen, solange sie an den Idealen, auf die sie verpflichtet sind, festhalten. Katholische Korporationen seien etwas ganz anderes als Kneippgesellschaften mit konfessioneller Etikette. Nicht Äußerlichkeiten verschaffe ihnen Respekt, nur der christliche Geist könne sie lebendig erhalten.¹⁹

Beide Ereignisse — der „Fall Spahn“ und das Vorgehen gegen katholische Korporationen — zeigten, in welcher Ghetto-Situation der deutsche Katholizismus sich noch immer befand. Obwohl durch Opferbereitschaft, Um-

¹⁸ Wissenschaftliche Voraussetzungslosigkeit und Katholizismus. Rede des Dr. Frhr. v. Hertling auf der Straßburger Generalversammlung der Görres-Gesellschaft am 7. Okt. 1903. Jahresbericht für das Jahr 1903. S. 26 ff.

¹⁹ Georg Frhr. von Hertling, Akademische Freiheit. Hochland. 3. Jahrg. 1905/06. Okt. 1905. S. 67—93.

sicht und Solidarität der deutschen Katholiken ihre Lage sich seit der Scheitelhöhe des Kulturkampfes gebessert hatte, war Abneigung, Ablehnung und sogar noch Haß gegen den Katholizismus anzutreffen. Grund dafür war nicht zuletzt der Umstand, daß es dem Zentrum gelungen war, einzelne schwer diskreditierende Maßnahmen und Bestimmungen des Kulturkampfes zu beseitigen bzw. zu mildern. Die nach der Jahrhundertwende vorgetragenen Angriffe gegen den deutschen Katholizismus waren verbunden mit der Diskussion der katholischen „Inferiorität“. Es wurde unbestreitbar dargestellt, daß der Katholizismus im Kultur- und Geistesleben des deutschen Volkes nicht die ihm zahlenmäßig entsprechende und auf seiner geschichtlichen Leistung und seiner gegenwärtigen Leistungsfähigkeit zukommende Stellung einnahm. In ihrer Überlegung und in ihrem Ausgangspunkt verschiedene, ja sogar gegensätzliche Bemühungen setzten ein.

Während der größere Teil der deutschen Katholiken einen sachlichen Wettstreit befürwortete, überzeugt, daß der Katholizismus eine Auseinandersetzung nicht zu fürchten habe, sprachen einzelne nicht nur für eine „Koexistenz“, sondern vor allem für ein notwendigerweise auch zu Kompromissen gezwungenes Durchdringen des Katholizismus mit den zeitgenössischen geistigen, religiösen und naturwissenschaftlichen Anschauungen. Hermann Schells (1850—1906) Flugschrift: „Der Katholizismus als Prinzip des Fortschrittes“ (1897) war der bekannteste und kühnste Vorstoß. Die mit solchen Versuchen — zusammengefaßt unter der gemeinhin falsch verstandenen Bezeichnung „Kulturkatholizismus“ und „Reformkatholizismus“ — verbundene Gefahr, den gesicherten Boden des katholischen Glaubens zu verlassen, wurde nicht allgemein gesehen, so daß auch nicht alle Parteigänger bereit waren, die sich daraus ergebenden Gewissenspflichten anzuerkennen. Die darüber geführten Diskussionen räumten jedoch viele Vorurteile unter den Konfessionen zur Seite und erleichterten ihre Begegnung. Immer größer wurde der Kreis derer, die erkannten und zur Überlegung stellten, daß das zukünftige Schicksal der Konfessionen in Deutschland ein gemeinsames sei. Die Meinung setzte sich durch, daß größeres Verständnis und größere Achtung der Konfessionen untereinander auch zum Abbau der bestehenden Vorurteile gegen den Katholizismus führen und die Stellung der deutschen Katholiken im Leben des deutschen Volkes verbessern werde. Vor allem auf den Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands, die die liberale Presse mit beharrlicher Bosheit die „Zentrumsherbstparade“ zu nennen pflegte, wurde immer die Forderung nach konfessionellem Frieden und nach konfessioneller Verständigung erhoben. So erklärte der Rottenburger Domkapitular Stiegele in Bonn (1900), das deutsche Volk sei am Anfang des 20. Jahrhunderts vor die Frage gestellt worden: „Was dünkt euch von Christo?“ Er erklärte dazu: „Wir wollen, daß Christus unter uns fort herrsche; wir wollen, daß Christus das Band bleibe, das in der Ehe Mann und Weib verbindet, das die Familie zusammenhält. Wir wollen, daß Christus in der Schule bleibe, wir wollen keine unchristliche Pädagogik, daß keine irreligiöse Schulgesetzgebung die Kinder hindert und ihnen wehrt, zu Christus zu kommen. Wir wollen Christus auch in unserer Gesetzgebung, wir wollen ihn in der Verwaltung, wir wollen ihn in den Gefängnissen, in unseren Wohltätigkeitsanstalten, wir wollen ihn in der Lösung aller Fragen,

vorab auch der sozialen Frage.“ Zum Verhältnis der Konfessionen erklärte Stiegele: „Wir wollen mit Christus sammeln, wie er selbst gesagt hat: Wer nicht mit mir sammelt, der zerstreut. Wir wollen sammeln zu der Einheit, zu der Wahrheit und dem Frieden in unserm großen Vaterlande.“²⁰

Noch eindringlicher sprach Dr. Karl Bachem (1858—1936) auf der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Mannheim (1902) zur Begegnung der Konfessionen: „Wir wünschen mit unseren protestantischen Mitbürgern ein bürgerliches Leben in Frieden zu leben, und wollen alles tun, damit nicht unsererseits dieser Friede gestört werde. Selbst wo wir uns notgedrungen verteidigen müssen, wollen wir es tun mit aller Achtung vor der Überzeugung unserer Gegner. Wo immer wir daher sehen, daß diese Gesinnung erwidert wird, da werden wir das laut und freudig anerkennen.“²¹ Auch das berühmt gewordene Wort „Religion ohne Konfession ist Konfusion“, das der Bamberger Domkapitular Franz Xaver Schädler (1852—1913) 1904 in Regensburg²² sprach, war nur als Bestätigung dafür zu verstehen, daß das Christentum in den Konfessionen existent ist.

In Essen richtete 1906 der Erzbischof von Köln, Antonius Kardinal Fischer (1840—1912), einen „warmen Appell an all unsere deutschen Mitbürger, die nicht unseres Glaubens sind, aber wohl des Willens, den durch Gott zugelassenen Spalt, der durch unser Volk geht, nicht weiter zu vertiefen und zu verbreitern, die noch mit uns glauben an einen Gott im Himmel und seinen menschengewordenen Sohn, unsern gebenedeiten Herrn und Heiland, und die Erlösung durch das heilige Kreuz.“ Kardinal Fischer betonte: „Ich möchte an sie alle einen warmen Appell richten, daß sie mit uns sich verbünden und gemeinsam in dieser ernsten Zeit mit uns Front machen gegen die unheimlichen Mächte der Finsternis, die rütteln an den Fundamenten der christlichen Ordnung, auf der auch die deutsche Kultur beruht bis zum heutigen Tage. So handeln ist wahrhaft patriotisch und wahrhaft ein Zeichen echter Vaterlandsliebe.“²³ Bevor diese ernsten und eindringlichen Worte gesprochen wurden, war an anderer Stelle bereits der Versuch eines Brückenschlages zwischen den Konfessionen unternommen worden.

II.

Am 1. März 1906 veröffentlichte Dr. Julius Bachem (1845—1918) in den „Historisch-Politischen Blättern für das katholische Deutschland“ einen Aufsatz „Wir müssen aus dem Turm heraus“.²⁴ Der Titel wurde berühmt und geflügelt, wie seine bereits 1907 erfolgte Aufnahme in „Büchmanns Zitatenschatz“ zeigt.

Zu seiner Erklärung wurde dort angegeben: „Im Hinblick auf die unverkennbare Verschärfung der konfessionellen Gegensätze im Deutschen Reich und die daraus sich ergebende Gefahr einer wachsenden Isolierung des Zentrums mahnte der Verfasser die deutschen Katholiken ihrerseits in der konfessionellen Absonderung nicht zu weit zu gehen und die deutsche Zentrumsparterie die Absperrung, welche in dem Bild des Zentrumsturmes liegt, nicht über die Grenze hinausgehen zu lassen, welche durch die Verhältnisse

²⁰ *Kißling* a.a.O. S. 303 f.

²³ *Kißling* a.a.O. S. 320.

²¹ *Kißling* a.a.O. S. 309.

²⁴ *Historisch-politische Blätter*. Bd. 137 S. 376 ff.

²² *Kißling* a.a.O. S. 315.

gezogen sei.“²⁵ Der nicht allzu umfangreiche Aufsatz unternahm es, die Lage des Zentrums in dem damals in politischen Reden durchaus beliebten Bild des Zentrumsturmes zu sehen. Bachem war sich darüber im klaren, daß seine Forderung „Wir müssen aus dem Turm heraus“ wie „politische Ketzerei“ klang. Er betonte, daß das Zentrum auch in *der* Zeit, als es ausschließlich aus Katholiken bestand, keine katholische und keine konfessionelle Fraktion habe sein wollen. Er verwies auf die angesehenen evangelischen Mitglieder der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages. Er sprach besorgt davon, daß katholischerseits an einzelnen Stellen konfessionelle Abgeschlossenheit auch da noch herrsche, wo sie sachlich nicht berechtigt sei. Er schlug vor, die politische Plattform des Zentrums durch Gewinnung evangelischer Wähler und überwiegend evangelischer Wahlkreise zu verbreitern. Er sagte dazu:

„Die Engen, die Ängstlichen, diejenigen, welche überall nur den konfessionellen Gesichtspunkt geltend zu machen gewohnt sind, werden wohl auch an dieser Anregung sich stoßen, und doch dürfte sie ernste Beachtung verdienen.“

Von solchen Kandidaten darf man kirchenpolitisch nichts anderes verlangen, als daß sie jeder Beschränkung der kirchlichen Freiheit widerstreben, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des katholischen Volksteils rückhaltlos anerkennen: im übrigen muß namentlich ihre sozialpolitische Stellung entscheidend sein! Es gibt solche Männer unter den Evangelischen und es wird ihrer mehr geben, sobald ihnen Gelegenheit geboten wird, im öffentlichen Leben sich zu betätigen. Man denke nur an die evangelischen Christlich-Sozialen. Gegenwärtig ist es ihnen noch fast unmöglich, zu einem Mandat zu gelangen, weil auch sie mit allerhand Vorurteilen zu kämpfen haben. Aber es würde ein großer Gewinn für unser öffentliches Leben sein, wenn die Tüchtigsten aus diesen Reihen in die Lage kämen, von der Tribüne des Parlaments für ihre Ideen Propaganda zu machen.

Wenn es nicht anders zu bewirken ist, so müssen weitsichtige Zentrumskreise ihnen diese Möglichkeit verschaffen. Es war seinerzeit ein Leichtes, die Wahl Ludwig v. Gerlachs in dem rheinischen Wahlkreise Sieg-Mülheim-Wipperfürth durchzusetzen. Niemand hat von dem ehemaligen Führer der preussischen konservativen Partei und Rundschauer der Kreuzzeitung verlangt, daß er etwas von seinen religiösen Überzeugungen aufgab, als er dem Zentrum als Hospitant beitrat. Ebenso wenig von Dr. Bruel, der bis ans Ende seiner Tage ein ernster Lutheraner geblieben ist. Aber wie diese beiden bedeutenden Männer, namentlich der letztere, auch in treuester persönlicher Freundschaft mit Mitgliedern der Zentrumsfraktionen verbunden blieben, so hat auch allein die Tatsache ihrer Zugehörigkeit zum Zentrum und haben insbesondere die Wahrnehmungen und Erfahrungen, welche sie dank dieser jahrelangen Zugehörigkeit zu machen Gelegenheit hatten, nicht wenig dazu beigetragen, die Ansichten über das Zentrum in nicht kleinen evangelischen Kreisen zu korrigieren und dieselben namentlich die Haltlosigkeit der politischen Legende von der konfessionellen Zentrumsfraktion erkennen zu lassen.

Das ist ein Punkt von geradezu vitaler Bedeutung für unser parlamentarisches Leben und für unser öffentliches Leben überhaupt. Das Zentrum darf nicht unter der Einwirkung der Verschärfung der konfessionellen Gegensätze, an der so viele arbeiten, in eine splendid isolation geraten, welche die Erfüllung seiner Aufgabe für Reich und Volk aufs äußerste erschweren würde. Dem Bestreben, diese Gefahr zu vermeiden, sollen die vorstehend entwickelten, bzw. angedeuteten Gedanken dienen.“

Der Aufsatz Bachems war eine politisch-publizistische Sensation, die die deutsche, aber auch die ausländische Presse in weitausgreifenden Erörterungen behandelte. Um der Vielzahl von Einwendungen zu begegnen, sah sich

²⁵ *Julius Bachem*, Lose Blätter aus meinem Leben. 1910. S. 93 f.

Julius Bachem veranlaßt, einen zweiten Artikel in den „Historisch-Politischen Blättern“ erscheinen zu lassen,²⁶ in dem er Mißverständnisse und Mißdeutungen ausräumte, ohne das grundsätzliche Anliegen seines ersten Aufsatzes preiszugeben. Im Herbst 1906 erklärte er auf der Generalversammlung der „Windthorstbünde“ zu Düsseldorf: „Der Titel war so etwas wie ein journalistischer Trick, aber kein unstatthafter Trick. Man sagt wohl, wenn der Journalist eine richtige Überschrift für einen Artikel habe, habe er den Artikel selbst.“ Die gegen ihn gerichteten Angriffe wies er mit den Feststellungen zurück: „Man stellte sich hier und da an, als wollte ich den Zentrumsturm mit Dynamit in die Luft sprengen. Ich kann Ihnen versichern, dies liegt mir fern. Wenn Sie die Zeichen der Zeit beobachten, kann Ihnen nicht entgangen sein, daß man darauf aus ist, das Zentrum zu isolieren. Man hat es immer gewollt, aber niemals ist dies so deutlich und so energisch in die Erscheinung getreten als in der Gegenwart. Blockpolitik überall. In Baden ist sie bei den letzten Landtagswahlen auf der ganzen Linie wirksam gewesen, ebenso bei den Bezirkstagswahlen in Elsaß-Lothringen. In Bayern bereitet sie sich für die nächsten Landtagswahlen vor und auch in Preußen sind die Ansätze vorhanden. Es wird die Blockpolitik wenn nicht im ganzen Land, so sicher in einer Anzahl von Provinzen wirksam werden. Die nächsten Reichstagswahlen werden, darüber muß man sich klar werden, unter dem Zeichen der Blockpolitik stehen. Soll nun die Zentrums-partei einer solchen Situation gegenüber untätig sich verhalten, nicht den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen, nicht alles aus dem Wege räumen, was diese immerhin schwierige Situation noch erschweren kann und muß. Soll sie sagen, ich sitze hier in meinem Turm und weiß von nichts. Hier stehe ich, ich kann nicht anders, das ist nicht meine Meinung. Auch der stärkste Turm kann zu einem *Hungerturme* werden und ich will nicht, daß der Zentrumsturm zu einem Hungerturm werde. Wenn eine Festung belagert wird, begnügen sich die Belagerten damit, in ihrem Festungswerke zu sitzen? — Treffen sie nicht alle Vorkehrungen, um die Belagerung wirksam abzuweisen. Zunächst fegen sie die Bäume und die Baulichkeiten weg, die den freien Ausblick beeinträchtigen. Sie sorgen für hinreichend Proviant. Sie haben schon vorher für Außenwerke gesorgt, für detachierte Forts. Wenn Minen gezogen werden, werden Gegenminen gelegt. Vor allem sorgt man dafür, die Verbindung mit der Außenwelt aufrecht zu erhalten. Man muß in solchen Situationen auf strategische Gegenzüge bedacht sein. Das war der Gedanke meines Artikels in den Historisch-Politischen Blättern.“²⁷

Bereits im Mai hatte sich die „Kölnische Volkszeitung“, deren Redaktionsstab Bachem angehörte, verteidigend vor dessen Anliegen gestellt. Sie hatte dazu erklärt: „Die zweifellos große konfessionelle Befangenheit und konfessionelle Gegensätzlichkeit auf protestantischer Seite darf aber für die deutschen Katholiken kein Grund sein, die Bemühungen zur Herstellung besserer Beziehungen unter den Konfessionen nicht fortzusetzen. Ganz im

²⁶ Historisch-politische Blätter. Bd. 137. S. 503—513: „Nochmals: Wir müssen aus dem Turm heraus!“ Vgl. dazu: „Müssen wir aus dem Turm heraus?“ Von Dr. Krueckemeyer: Historisch-politische Blätter. Bd. 137. S. 676—695. / *V. E. T.*, Vom deutschen Zentrum. Hochland. IV. Jahrgang. Bd. II. S. 221—229. / Dr. Jul. Bachem, Nochmals vom deutschen Zentrum. Hochland. IV. Jahrgang. Bd. II. S. 461—465. / *V. E. T.*, Vom deutschen Zentrum. Hochland. IV. Jahrgang. Bd. 465—466.

²⁷ Zitiert nach: Hoeber a. a. O. S. 21 f.

Gegenteil. Je weniger zahlreich heute noch in den verschiedenen Parteilagern die Protestanten sein mögen, welche im Interesse des gemeinsamen Vaterlandes mit den Katholiken auch politisch Hand in Hand zu gehen bereit sind, um so höher muß man diese Männer werten, um so weiter ihnen entgegenkommen, um so eifriger darauf hinarbeiten, daß ihrer mehr werden, um so bereitwilliger ihnen auch unter eigenen Opfern die Gelegenheit verschaffen, mit den gleichgesinnten Katholiken im öffentlichen Leben dafür einzutreten, was uns in Deutschland notwendiger als alles andere, was die eigentliche Lebensbedingung des deutschen Volkes ist: die Beseitigung oder wenigstens die Eindämmung des Land und Leute verderbenden konfessionellen Haders. Mit dem treuen Festhalten an dem eigenen religiösen Bekenntnis ist das sehr wohl vereinbar.“²⁸

Um das Gewicht dieser Auslassungen voll zu verstehen, ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die „Kölnische Volkszeitung“ die angesehenste und größte katholische Zeitung des Deutschen Reiches war, auch wenn sie als Sprecherin *der* Gruppierung angesehen wurde, die als „Kölner Richtung“ im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung über den Artikel Bachems „Wir müssen aus dem Turm heraus“ ihre politischen und religiösen Konturen erhielt, um schließlich in der Endphase dieser Kontroverse und in den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen des „Gewerkschaftsstreites“ zu einem Schlagwort zu werden. Wie richtig die Erkenntnisse und Feststellungen Bachems waren, bewiesen bereits die Ereignisse um die von Reichskanzler Fürst Bülow (1849—1919) veranlaßte Reichstagsauflösung am 13. Dezember 1906. Die „Hottentotten-Wahlen“ waren veranlaßt durch die geforderte Truppenverminderung in Deutsch-Südwestafrika. Bülow errichtete einen nationalen Scheiterhaufen in der Hoffnung, auf ihm Zentrum und Sozialdemokratie verbrennen zu können. Zentrum und Sozialdemokratie schlossen ein Wahlbündnis. Die Sozialdemokratie verlor angesichts der nationalen Wahlparolen Stimmen und Sitze, während sich das Zentrum trotz leidenschaftlicher Anschuldigungen glänzend schlug.

III.

Die Enzyklika „Pascendi“ vom 8. September 1907 wurde als flammender Blitz empfunden, der vor allem gähnende Tiefen der religiösen Situation auch in Deutschland deutlich machte. Eine anhaltende Diskussion setzte in der katholischen und in der außerkatholischen Welt ein. Papst Pius X. (1903 bis 1914) wurde verdächtigt und verleumdet. Seine Absichten wurden weithin mißverstanden, obwohl auch evangelische Theologen auf seine Seite traten. So erklärte der evangelische Kirchenhistoriker Albert Hauck (1845 bis 1918) über die Enzyklika „Pascendi“: „Ist Pius X. zu tadeln? Wie mich dünkt werden auch diejenigen, die auf anderem Boden stehen als er, dem Manne ihre Sympathie nicht versagen, der im Streite um religiöse Probleme klar seine Stellung nimmt und was ihm als heilsam und notwendig gilt, offen vertritt. Indem Pius X. den Offenbarungscharakter der christlichen Religionen und der Geschichtlichkeit der evangelischen Überlieferung wahr,

²⁸ KVZ. Nr. 436 v. 16. Mai 1906.

schirmt er Anschauungen, auf die das Christentum niemals verzichten wird.“²⁹

Die Diskussion um Auswirkung und Verbindlichkeit der päpstlichen Entscheidung bemächtigte sich rasch aller Lebensbereiche. Das Anliegen Papst Pius X. war zunächst religiös-theologisch. Er konnte jedoch nicht verhüten, daß Eiferer dort Gefahren sehen zu müssen glaubten, wo keine Veranlassung dazu vorhanden war. Die Lage des deutschen Katholizismus wurde durch solches Vorgehen nicht erleichtert. Seine Feinde waren nur zu gerne bereit, in der päpstlichen Lehrentscheidung eine Verneinung und Verwerfung der vom deutschen Katholizismus angestrebten Begegnung mit der Kultur der Zeit — die keine katholische Kapitulation vor Geist oder Ungeist, sondern die Heimholung auch dieser Zeit zu Gott sein sollte — zu sehen. Sie weiteten die theologische Entscheidung auf den politischen Raum aus in der erkennbaren Freude, durch eine theologisch-kirchliche Diskreditierung und Desavouierung des Zentrums einen durchaus nicht bequemen politischen Gegner beerben zu können. Dabei kamen ihnen katholische Befürworter zu Hilfe, die bereit waren, die in das allgemeine Leben des deutschen Volkes vorgeschobenen Stellungen des deutschen Katholizismus kampflos preiszugeben und sich in ein kirchliches Ghetto integraler Innerlichkeit zurückzuziehen. Sie bestätigten dadurch die Richtigkeit der für den deutschen Katholizismus schmerzlichen Feststellung, die Paul Tschackert in seiner Untersuchung „Modus vivendi. Grundlinien für das Zusammenleben der Konfessionen im Deutschen Reich“ traf, wo er von einem „katholischen System des Sich-Abschließens gegen Nichtkatholiken“ spricht, „das den Horizont verengen und trennend wirken müsse“.³⁰ Eine Auseinandersetzung zwischen der Forderung Bachems „Wir müssen aus dem Turm heraus“ und einer in der Zielsetzung ihrer Pläne verschwommenen und in der Beurteilung der Grenzlinien und der Imponderabilien bezweifelbaren Auffassung mit der Fähigkeit, „Gesinnung“, ja sogar „Bewegung“ zu werden, lag förmlich in der Luft. Sie wurde durch die „Osterdienstagskonferenz“ ausgelöst. Am 7. April 1909 lud der damalige Kaplan Edmund Schopen in Oberhausen (Rheinland) zu einer vertraulichen Konferenz am 13. April in die Bürgergesellschaft in Köln ein. Er sagte u. a. in seiner Einladung: „Die Konferenz wird den Charakter einer rückhaltlosen aber streng diskreten Aussprache haben über die bedenklichen Erscheinungen im katholischen Deutschland und die etwaige Möglichkeit einer Lösung der schwebenden Fragen.“ An ihr nahmen zehn der Geladenen aus dem Rheinland und Westfalen teil. Grundlage der Verhandlungen waren drei Programmsätze, die bereits im Januar 1909 in den „Historisch-Politischen Blättern“ veröffentlicht worden waren:

„I. Das Zentrum ist eine interkonfessionelle politische Partei. Doch ist gegenüber den Tendenzen Julius Bachems und der Kölnischen Volkszeitung an der Auffassung Windthorst's festzuhalten, damit nicht die Partei in Interessengruppen zerfalle.

II. Im Interesse einer einheitlichen großen Arbeiterbewegung liegt es, wenn die deutsche christliche Gewerkschaftsbewegung sich um zwei selbständige Zentralen innerhalb der beiden Konfessionen nach holländischem Muster gruppiert. Die Idee

²⁹ Zitiert nach: F. A. Forbes, Papst Pius X. 1923. S. 116 f.

³⁰ Paul Tschackert, Modus vivendi. Grundlinien für das Zusammenleben der Konfessionen im Deutschen Reich. 1908. S. 48 f.

der interkonfessionellen Gewerkschaft unter katholischer Initiative ist ein Hemmnis für den Eintritt großer evangelischer Arbeitermassen in die christliche Gewerkschaftsbewegung, gefährdet die katholische Gesinnung und hierarchische Korrektheit der katholischen Arbeitermassen und bildet eine Gefahr für die politische Geschlossenheit des katholischen Volksteils.

III. Die das gesamte katholische Leben Deutschlands gestaltende finanzielle und moralische Großmacht des Volksvereins bedarf in Anbetracht ihrer eminent angewachsenen Bedeutung eines engeren organisatorischen Anschlusses an den Episkopat.³¹

Aus dem später bekannt gewordenen Protokoll der „Osterdienstagskonferenz“ ist Charakter und Umfang dieser Veranstaltung zu ersehen. Es wurden dabei bittere und nicht immer sachliche Äußerungen gemacht. Die hauptsächlichsten Sprecher waren die Zentrumsabgeordneten Dr. Franz Bitter und Hermann Roeren (1844—1920), die im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung zu entschiedenen Befürwortern einer „Katholisierung“ des Zentrums wurden. Hermann Roeren, Oberlandesgerichtsrat in Köln, verlangte im Namen der Geschlossenheit und Ganzheit des katholischen Lebens eine Politik auf ausschließlich katholischer Grundlage. Die katholische Weltanschauung sollte nicht nur für den einzelnen katholischen Abgeordneten, sondern auch für die Partei als solche verbindliche Geltung haben.³² Noch schärfer konnte der Forderung Julius Bachems nicht widersprochen werden. Im Mai 1909 richteten Bitter und Roeren an die Mitglieder des deutschen Episkopats ein Schreiben:

„Es macht sich im eigenen Lager, in der Presse, in Broschüren und Versammlungen, mehr und mehr zunehmend, das systematische Bestreben geltend, in dem katholischen Volke die Anschauung zu verbreiten, daß wirtschaftliche, soziale und politische Fragen losgelöst von den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu behandeln sind. Es wird vielerseits eine sogenannte interkonfessionelle Kulturgemeinschaft angestrebt, mit dem Ziele, die Religion auf die Gotteshäuser der Religionsgemeinschaften zu beschränken, um auf diese Weise eine Versöhnung der Konfessionen auf nationalem Boden herbeizuführen. Diese Bestrebungen haben bereits weite Kreise des katholischen Volkes in bedenklicher Weise ergriffen. Demgegenüber erscheint es als unabweisbare Notwendigkeit, den Standpunkt der katholischen Kirche: daß das Christentum als reale Macht die gesamten Verhältnisse des privaten, gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens durchdringen soll, daß es die Seele ist, welche der gesamten Kultur das Gepräge aufdrücken soll, mit aller Entschiedenheit zu betonen und zu verbreiten, um auf diese Weise der Weiterentwicklung einer solchen verhängnisvollen Richtung entgegenzutreten.

Das kann aber nur geschehen, wenn nach den Worten Windthorst's Organisation gegen Organisation gesetzt wird. Eine solche Organisation einzuleiten war der Zweck einer Besprechung, die im April d. J. zu Köln unter einer Anzahl gleichgesinnter Herren stattgefunden hat. Das Resultat dieser Besprechung war zunächst die Einigung auf folgende zwei Grundsätze:

1. Das Zentrum ist eine politische Partei, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Interessen des gesamten Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten.

2. Der große Einfluß, den der Volksverein für das katholische Deutschland auf das katholische Leben übt, erfordert einen engeren Anschluß an den Episkopat.

Diesen Grundsätzen soll in Presse, Broschüren und Versammlungen weitgehend Verbreitung gegeben werden. Die weitere Ausgestaltung der Organisation und Propaganda ist demnächstigen Besprechungen vorbehalten.

Wir halten uns für verpflichtet, Ew. Bischöflichen Gnaden von diesem Vorgehen gehorsamst Kenntnis zu geben.“³³

³¹ Felix Salomon, Die deutschen Parteiprogramme. 2 Bde. 2. Aufl. 1912. Bd. 2. S. 132.

³² Josef Deutz, Adam Stegerwald. 1952. S. 47 ff.

³³ Zitiert nach: Hoerber a.a.O. S. 29 f.

Durch diesen Brief wurde die Öffentlichkeit erstmals von den Zielen einer gegen den bisherigen Charakter des Zentrums gerichteten Bewegung unterrichtet. Die Diskussion entbrannte mit leidenschaftlicher Schärfe. Eine Flut von Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätzen, Flugschriften und Broschüren ergoß sich über den deutschen Katholizismus. Mit Beunruhigung verfolgten auch ernste Protestanten die immer weitere Bereiche des deutschen Katholizismus ergreifende Auseinandersetzung. Ihre Schwerpunkte waren der Streit über den Charakter des Zentrums, die Diskussion über die Tätigkeit des „Volksvereins für das katholische Deutschland“³⁴ und schließlich die Mitgliedschaft katholischer Arbeiter in den interkonfessionellen „Christlichen Gewerkschaften“.

Während die Debatte um den Charakter des Zentrums durch entsprechende Beschlüsse der zuständigen Parteigremien zum Erliegen kam, dauerte die Auseinandersetzung über den „Volksverein für das katholische Deutschland“ und über die Christlichen Gewerkschaften an. Es ging dabei um eine kirchliche Organisationsfrage, die im Rahmen der bestehenden kirchlichen Einrichtungen nicht gelöst werden konnte. Die „Historisch-Politischen Blätter“ sagten dazu: „Wir haben im katholischen Deutschland eine Fülle von kräftig aufblühenden neuen Lebensformen kirchlicher Betätigung, die dem alten Rahmen kanonischer Organisation nicht anzupassen sind. Daraus entstehen präterepiskopale (d. h. der bischöflichen Autorität nicht unterstellte) Gebilde, vielleicht auch präterepiskopale Tendenzen. Das letztere aber ist ungesund. Festzuhalten ist der Satz, daß all diese Gebilde nicht innerlich von der Kirche appropriiert, nicht dauernd konsolidiert sind, bis sie ihre endgültige organisatorische Stellung zur episkopalen Verfassung gefunden haben.“³⁵ Dieses Problem stellte sich vornehmlich dem „Volksverein für das katholische Deutschland“.

Die Diskussion über den Charakter des Zentrums beherrschte im Sommer 1909 die deutsche Öffentlichkeit und vor allem die deutsche Presse, ungeachtet ihrer politischen und religiösen Einstellung. In sie griff im Juni 1909 Professor Dr. Martin Faßbender mit einem beachtenswerten, weil weit- hin klärenden Artikel „Moderne Sionswächter“ ein, der die Wertlosigkeit einer Definition der Zentrumsparterie betonte, nachdem diese ein öffentlich bekanntgegebenes Programm besitze und seit 40 Jahren nach diesem Programm arbeite.³⁶ Die Dortmunder „Tremonia“ stimmte den Ausführungen Faßbenders zu und erklärte:

„Die Herren von der eben charakterisierten 10-Mannliga treiben ein gefährliches Spiel. Sie leben in der Wahnidee, daß die Kölnische Volkszeitung und die führenden Personen des Zentrums zu sehr in das liberale Fahrwasser trieben, daß das Zentrum nicht konfessionell genug sei, daß Zentrum, Volksverein und Gewerkschaften nicht genügend unter bischöflicher Autorität ständen. Der Hochwürdigste Kardinal Fischer habe darauf jüngst in M.-Gladbach eine treffende Antwort gegeben. Es sind im Laufe

³⁴ Eine ausführliche Erörterung dieses Fragenkreises ist an dieser Stelle nicht veranlaßt. Vgl. dazu: *Emil Ritter*, Die katholisch-soziale Bewegung im neunzehnten Jahrhundert und der Volksverein. 1954. S. 313 ff. — Zur Beurteilung Ritters vgl. u. a. diese Zeitschrift Mai 1955 S. 157. Herder-Korrespondenz. / Die Welt der Bücher. Heft 3. S. 134 f. / *Joseph Joß*, Wie war das mit dem Volksverein? Rheinischer Merkur. 10. Jahrgang. Nr. 15 vom 9. April 1955.

³⁵ Zitiert nach *Hoerber* a. a. O. S. 39 f.

³⁶ Der Tag. Nr. 149 v. 29. Juni 1909.

der letzten Dezennien immer einige Personen aufgetreten, welche päpstlicher sein wollten als der Papst. Zu bedauern ist, daß diesmal ein Mann wie der Reichstagsabgeordnete Bitter in die Reihe dieser modernen Zionswächter eingetreten ist und durch spaltenlange Erklärungen in einigen, ihnen bereitwilligst die Spalten öffnenden, Zentrumsblättern Verwirrung anrichtet und das in einem Moment, wo die größte Einigkeit der deutschen Zentrumsparlei bitter not tut. Die Männer und Zentrumsorgane, welche diese Quertreibereien begünstigen, laden eine furchtbare Verantwortung auf sich.“³⁷

Die Diskussion hielt trotz dieser ernststen Mahnungen und Beschwörungen mit unverminderter Schärfe an. Alle denkbaren Argumente wurden von beiden Seiten ins Feld geführt. Aber auch die Gegenseite schwieg nicht. Am 25. Juli 1909 erklärte Dr. Bitter in einer Zentrumsversammlung zu Neunkirchen an der Saar, daß auch er und seine Freunde wissen, daß Religion und Politik nicht dasselbe seien. „Wir wissen aber auch, daß sie in einem gewissen Verhältnis zueinander stehen und nicht voneinander gelöst werden können.“ Bitter wandte sich scharf gegen den Bachemschen Aufsatz „Wir müssen aus dem Turm heraus“, wobei er die Vermutung aussprach, daß der ursprüngliche Charakter des Zentrums hätte verwischt werden sollen, indem ihm das Fundament der katholischen Weltanschauung, auf dem es gebaut sei, entzogen werde. Bitter erklärte ferner: „Wenn ich das Zentrum richtig definiere, so sage ich: Das Zentrum ist eine politische Partei, aber es treibt Politik im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung.“³⁸ In einer Zuschrift an die „Kölnische Volkszeitung“ wurde dazu unter der Forderung „Wir müssen zu Windthorst zurück“ Stellung genommen. Dabei wurde auf die Anfänge des Zentrums verwiesen und auf die bisherige konfessionelle Praxis der Zentrumsfraktion:

„Es ist ganz selbstredend, daß für die einzelnen katholischen Mitglieder des Zentrums ihre katholische Weltanschauung auch für ihre politische Tätigkeit in den parlamentarischen Körperschaften maßgebend ist, ebenso wie die jetzigen und früheren protestantischen Mitglieder des Zentrums dabei niemals darauf verzichtet haben, für ihr Wirken ihre eigene protestantische Weltanschauung maßgebend sein zu lassen. Die protestantischen Mitglieder haben bisher die katholischen niemals daran gehindert, von ihrer katholischen Weltanschauung auszugehen, wie auch die katholischen niemals versucht haben, die protestantischen Mitglieder bei Geltendmachung ihrer protestantischen Auffassung zu beengen. Man ging eben zusammen, wo man zusammengehen konnte, und es hat sich gezeigt, daß gläubige Katholiken und gläubige Protestanten ein sehr weites Stück Weges auf dem Boden der parlamentarischen Körperschaften zusammengehen können, insbesondere auch, wo es gilt, ‚die kirchliche Freiheit und das Recht der Religionsgesellschaften gegen Eingriffe der Gesetzgebung zu schützen‘. Wohl haben sich hier und da Gelegenheiten ergeben, wo die protestantischen Mitglieder des Zentrums von den katholischen sich trennten. Aber das geschah dann nahezu ausschließlich auf Grund einer anderen politischen Auffassung, wie ja zuweilen katholische Minoritäten sich absplitterten, nicht auf Grund konfessioneller Differenzen. Es ist nicht eine einzige Gelegenheit bekannt geworden, wo aus konfessionellen Gründen sich Schwierigkeiten ergeben haben.“

Warum soll an diesen Verhältnissen gerüttelt werden? Darüber kann doch kein Zweifel sein, daß, wenn in eine offizielle Definition des Zentrums als Partei die ‚katholische Weltanschauung‘ hineingearbeitet wird, es fortan allen Protestanten ausdrücklich unmöglich gemacht ist, dem Zentrum beizutreten. Bedeutet das eine Stärkung der katholischen Position, eine Stärkung derjenigen Tendenzen, welche auch auf dem Boden der Parlamente ‚das Recht und die Freiheit der Religionsgenossenschaften‘, also auch der katholischen Kirche entschieden, vertreten will? Die Frage stellen, heißt

³⁷ Zitiert nach: *Hoeber* a.a.O. S. 54 f.

³⁸ Zitiert nach: *Hoeber* a.a.O. S. 65 f.

sie verneinen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Wenn jetzt in einer Definition des Zentrums als Partei das Spezifikum der ‚katholischen Weltanschauung‘ hineingebracht werden soll, so muß aus dem Zentrum eine Art *Corpus catholicorum* und dieses *Corpus catholicorum* — und wie hinzugefügt werden muß, mit Recht — die Bildung des *Corpus evangelicorum* zur Folge haben. Nur würde gegen früher ein großer Unterschied sein. Auf dem alten Deutschen Reichstage konnten die Katholiken von dem *Corpus evangelicorum* nicht überstimmt werden. Im neuen Deutschen Reichstag würde ein *Corpus catholicorum* auf alle absehbare Zeit zur Minorität verurteilt sein und wie sich das in den Zeiten des Kulturkampfes gezeigt hat, von einem *Corpus evangelicorum* mit voller Rücksichtslosigkeit bei jeder sich bietenden Gelegenheit überstimmt und damit unterdrückt werden.

Haben wir als Katholiken ein Interesse daran, solche Zustände herbeizuführen? Oder liegt gar dazu eine Notwendigkeit vor? Wird etwa, wenn es bei den heutigen Zuständen verbleibt, die katholische Überzeugungstreue der katholischen Mitglieder des Zentrums geschwächt oder schwankend werden? Das ist bisher nicht der Fall gewesen und wird auch in Zukunft nicht der Fall sein. Nach dieser Richtung hin wird aus den Erfahrungen der jetzt achtunddreißigjährigen Zeit nicht das mindeste Bedenken hergeleitet werden können. Immer sind die eifrigsten, klarsten und überzeugtesten Katholiken dem Zentrum beigetreten, und man kann ruhig behaupten, daß es heute für einen glaubenstreuen, selbstbewußten, unsere politischen Verhältnisse richtig erfassenden Katholiken notwendigerweise keine andere politische Partei gibt, der er beitreten könnte, wie das Zentrum. So wird es ohne Zweifel auch dann bleiben, wenn man jetzt darauf verzichtet, durch eine neue ‚Definition‘ die Natur des Zentrums in seinem Grundcharakter verändern zu wollen.“³⁹

Die „Kölnische Volkszeitung“, die unbestritten die Hauptlast der Kontroverse trug, unternahm es immer wieder, den Auslassungen und Angriffen der Mitglieder und Mitläufer der „Osterdienstagskonferenz“ entgegenzutreten. Sie stellte am 31. Juli 1909 u. a. fest:

„Wenn es in anderen Parteien verhältnismäßig wenige oder doch verhältnismäßig wenig bekenntnistreue Katholiken gibt, so beweist dies nicht, daß das Zentrum eine konfessionell katholische Partei sei oder sein müsse, sondern es beweist lediglich, daß die anderen deutschen Parteien, die hier in Betracht kommen, vielfach eine Stellung einnehmen, die es Katholiken erschwert, teilweise sogar ganz unmöglich macht, ihnen anzugehören. Aus diesen Parteiverhältnissen folgt noch keineswegs, daß es für die Katholiken eine spezifisch katholische Partei geben müsse, sondern es folgt daraus, daß es eine Partei geben muß, welcher der Katholik angehören kann, ohne in Gewissenskonflikte zu geraten, eine Partei, die das Recht jeder Religionsgemeinschaft gewahrt wissen will, und deren Leitstern der echt christliche Gedanke der Versöhnung und des Ausgleichs widerstrebender Interessen ist. Diese Partei ist das Zentrum. Das Zentrum aber kann diese Aufgabe tatsächlich nur erfüllen, wenn es bleibt was es war, eine echte und rechte Volkspartei, welche das ganze Volk vertritt. So fordert es auch die Verfassung und das Zentrum hat allezeit gleich großen Wert auf den Ruhmestitel einer Verfassungs- wie einer Volkspartei gelegt. Die Wortführer der Zehnannerliga sagen, auch Protestanten solle nicht verwehrt sein, dem Zentrum anzugehören. Es ist aber ein Widerspruch, wenn sie dabei gleichwohl das Zentrum zu einer spezifisch katholischen Partei stempeln wollen und wenn Herr Geheimrat Roeren gewisse Gegensätze zwischen katholischer und protestantischer Auffassung in einer Weise betont, daß man daraufhin annehmen müßte, er halte das politische Zusammenarbeiten von Katholiken und Protestanten in einer Partei überhaupt für unmöglich ... Es gibt auch gar nicht so viele konfessionelle Gegensätze, die für die praktische Politik Bedeutung haben. Jedenfalls darf man das eine sagen: Wenn es in der Zeit des schärfsten Kulturkampfes möglich war, daß Katholiken und Protestanten in derselben Fraktion einträchtig und erfüllt von der Größe der gegenseitigen Achtung zusammenwirkten, soll es dann heute unmöglich sein?“⁴⁰

³⁹ KVZ. Nr. 636 v. 30. Juli 1909. Hoeber nennt als Verfasser einen „alten Zentrumsparlamentarier“. Vgl. Hoeber a. a. O. S. 69.

⁴⁰ KVZ. Nr. 639 v. 31. Juli 1909.

Die fortschreitende Diskussion wich von der Linie entscheidender Überlegungen ab. Sie verweilte sehr lange bei Einzelheiten, begrifflichen und sprachlichen Unterscheidungen. Roeren bestritt in einer Zuschrift an die „Kölnische Volkszeitung“, sich um eine neue Definition des Charakters des Zentrums zu bemühen. Auch die Teilnehmer der „Osterdienstagskonferenz“ hätten dem Zentrum keine neuen Grundsätze aufdrängen wollen. „Sie haben lediglich zum Ausdruck gebracht und festgelegt, wie nach ihrer Ansicht der alte und bis zur Stunde geltende Charakter des Zentrums aufzufassen sei. Hierzu aber sehen sie sich veranlaßt, durch die nun schon seit Jahren von einem Teil der Presse geübte übermäßige Betonung des „politischen und interkonfessionellen“ Charakters des Zentrums, die notwendig Zurückdrängen des Bewußtseins im katholischen Volke, daß die Hauptaufgabe des Zentrums die Vertretung der religiösen Interessen ist, zur Folge haben und Verwirrung stiften muß ... Dieser Stimmung entgegenzutreten, ist der Zweck der ausdrücklichen Betonung, daß die Politik des Zentrums im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung stehen müsse.“⁴¹ Auch diesem abschwächenden Interpretationsversuch wurde unter Hinweis auf seine unklare Formulierung lebhaft widersprochen.⁴²

Die Diskussion ruhte zwischen dem 4. und 8. August 1909, da während dieser Zeitspanne in Köln der XX. Internationale Eucharistische Kongreß stattfand. Wenige Tage später trat in Koblenz der Beirat des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei zusammen, um zu der von Teilnehmern und Anhängern der „Osterdienstagskonferenz“ angekündigten Versammlung in Koblenz Stellung zu nehmen. Er richtete an den Abgeordneten Roeren das dringende Ersuchen, bei Beginn der Koblenzer Versammlung zu erklären, die Frage der Definition des Zentrums solle ohne weitere Erörterung an die zuständige Parteiinstanz verwiesen werden. Die Vorstände der Wahlkomitees der Zentrumspartei in den Wahlkreisen Trier-Stadt, Trier-Land und Wittich-Bernkastel beschlossen, an der in Koblenz stattfindenden Versammlung nicht teilzunehmen. Die Beschlüsse waren um so beachtenswerter, als man den Bezirk Trier vielfach als den eigentlichen Ausgangs- und Mittelpunkt der gegen den nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums gerichteten Bewegung ansah. In Trier hatte im Oktober 1906 der Abgeordnete Roeren zuerst die später von ihm als mißverstanden bezeichnete Äußerung auf dem Parteitag getan: „Ich verstehe es nicht, wie man sich vielfach auf unserer Seite gerade jetzt so fortgesetzt abmüht, gegenüber der Behauptung unserer Gegner, wir seien eine konfessionelle, also katholische Partei, zu versichern und zu beweisen, wir seien eine nichtkonfessionelle Partei.“⁴³

Das Ergebnis der Koblenzer Versammlung war eine Versteifung der Fronten nicht nur im Zentrums-, sondern vor allem auch in dem immer mehr in den Vordergrund rückenden Gewerkschaftsstreit. Die nach einem Referat Dr. Bitters gefaßte Resolution bewegte sich auf der Linie der „Osterdienstagskonferenz“, deren Grundsätze die Versammlung, wenn auch teilweise verändert, billigte und bekräftigte. Vor allem verschärfte sich auch die Kontroverse in der Zentrumspresse, nachdem Dr. Bitter mit harten Worten

⁴¹ KVZ. Nr. 644 v. 1. Aug. 1909.

⁴² Vgl. Hoerber a.a.O. S. 61 f.

⁴³ Hoerber a.a.O. S. 74.

die Hauptschuld an der entstandenen Lage der „Kölnischen Volkszeitung“ gab. Das Luzerner „Vaterland“ schrieb dazu: „Das Unerquicklichste in dem ganzen unliebsamen Zwischenfalle waren die Angriffe, welche in einer Koblenzer Versammlung gegenüber der ‚Kölnischen Volkszeitung‘ sich richteten. Sie sind in keiner Weise zu entschuldigen. Die Katholiken weit herum, auch im Auslande, haben allen Grund, stolz zu sein auf ein Blatt, das seit fünf Jahrzehnten so tapfer und treu, so umsichtig und klug allezeit für die christlichen und katholischen Interessen eingestanden ist und die höchsten Verdienste um dieselben sich erworben hat.“⁴⁴

Am 18. August trat in der Bürgergesellschaft zu Köln die Generalversammlung des „Augustinusvereins zur Pflege der katholischen Presse“ zusammen. In ihrem Mittelpunkt stand eine Rede des badischen Zentrumsführers Theodor Wacker (1845—1921), der in seiner Jugend noch mit Bischof Ketteler in Verbindung gekommen war. Wacker erklärte, daß der von der „Osterdienstagskonferenz“ ausgehende Versuch, den Bischöfen, die in kirchlichen Fragen unbestreitbar die höchste Autorität besäßen, auch in politischen Fragen die höchste Autorität zuzuweisen, nur zur Folge haben könne, daß die kirchliche Autorität der Bischöfe untergraben und sie in Abhängigkeit von der Staatsgewalt gebracht werde. Nach vierstündiger Beratung nahmen die Mitglieder der Generalversammlung sechs Leitsätze in einer Entschließung an, in denen es u. a. hieß:

„... 2. Sollte sich jemals die Notwendigkeit ergeben, das Zentrum zu definieren, so wäre es an erster Stelle Sache der geordneten Parteiinstanzen, insbesondere der Fraktionen des Zentrums, eine solche Definition in Vorschlag zu bringen und zu begründen.

3. Jeder Versuch, an dem politisch nicht konfessionellen Charakter der Zentrumsparlei zu rütteln, muß grundsätzlich abgewiesen werden. Eine Verwischung dieses Charakters würde die Aktionsfähigkeit der Fraktion empfindlich lähmen und es ihr auf die Dauer unmöglich machen, vom festen Rechtsboden der Verfassung aus alle ihre großen Aufgaben in unserem Volksleben, insbesondere auch den wirksamen Schutz des Rechtes und der Freiheit der katholischen Kirche auf unserem Boden mit Erfolg wahrzunehmen.“⁴⁵

Zum gleichen Zeitpunkt ungefähr richteten die Vorsitzenden der Zentrumsfraktionen im Deutschen Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus, Prof. Dr. Freiherr Georg von Hertling und Dr. Felix Porsch (1853 bis 1930) an die Mitglieder und Freunde des Zentrums die Bitte, bis zum Zusammentritt des erweiterten und verstärkten Landesausschusses der Preußischen Zentrumsparlei von jeder weiteren Erörterung des eigentlichen Charakters der seit beinahe 40 Jahren bestehenden Zentrumsparlei in der Presse und in den Versammlungen abzusehen.⁴⁶ Der Provinzial-Ausschuß der Rheinischen Zentrumsparlei hielt am 20. September seine Herbstsitzung ab, in der mit allen gegen 4 Stimmen eine Resolution angenommen wurde, die mit der Feststellung begann: „An dem politisch nicht konfessionellen Charakter der Zentrumsparlei muß grundsätzlich festgehalten werden. Eine Verwischung dieses Charakters würde die Aktionsfähigkeit der Fraktion empfindlich lähmen und es ihr auf die Dauer nicht ermöglichen, vom festen Rechtsboden der Verfassung aus alle ihre großen Aufgaben in unserem Volksleben,

⁴⁴ Vaterland. Nr. 187 v. 14. Aug. 1909.

⁴⁵ Zitiert nach: Hoeber a.a.O. S. 81.

⁴⁶ Hoeber a.a.O. S. 82.

insbesondere auch den wirksamen Schutz des Rechts und der Freiheit der katholischen Kirche auf deutschem Boden mit Erfolg wahrzunehmen.“⁴⁷

Die gemeinsame Sitzung des Vorstandes der Fraktion des Zentrums im Reichstag, des Vorstandes der Fraktion des Zentrums im preußischen Abgeordnetenhaus und des Landesausschusses der preußischen Zentrumspartei fand am 28. November 1909 im Fraktionszimmer des Zentrums im Reichstagsgebäude in Berlin statt. Nach eingehenden Beratungen gab Hermann Roeren die Erklärung ab: „Weil die Definition des Charakters des Zentrums im Satz 1 der Beschlüsse der sog. Osterdienstagskonferenz zu Mißdeutungen Anlaß gegeben hat, trete ich auf den Boden der in der heutigen Versammlung vorgeschlagenen Erklärung über den Charakter des Zentrums.“⁴⁸ Diese Erklärung wurde von den tagenden Gremien einstimmig angenommen. Sie begann mit der Feststellung, die Zentrumspartei sei grundsätzlich eine politische, nicht eine konfessionelle Partei. Zu der Frage der Zusammenarbeit der Konfessionen im politischen Bereich führte sie aus:

„Die Zentrumspartei hat die Zugehörigkeit zur Partei niemals von der Zugehörigkeit zum katholischen Glauben abhängig gemacht und die Zentrumsfraktion des Reichstags hat auch tatsächlich bis heute stets Angehörige eines nichtkatholischen Bekenntnisses zu ihren Mitgliedern gezählt, welche allen, auch ihren intimsten Verhandlungen beigewohnt haben. Dabei ist es als selbstverständlich zu betrachten, daß in denjenigen Fragen, welche das religiöse Gebiet berühren, sich jeder Abgeordnete nach den Grundsätzen seines Glaubensbekenntnisses richtet. Ein solches Zusammenwirken katholischer und nichtkatholischer Männer innerhalb der Zentrumspartei ist ein wertvolles Unterpfand für die Förderung des Friedens unter den christlichen Konfessionen und erleichtert es auch, auch dasjenige wirksam zu schützen, das denselben gemeinsam ist und daß es ein weites Gebiet solcher gemeinsamer Grundsätze und gemeinsamer Interessen gibt, lehrt das öffentliche, insbesondere auch das politische Leben alle Tage.“⁴⁹

Damit war der Streit um den Charakter des Zentrums beendet, wenn auch die darin geführte grundsätzliche Auseinandersetzung im Streit über die interkonfessionellen Gewerkschaften, über den Volksverein für das katholische Deutschland und über den Integralismus fortgesetzt wurde. Erbitterte Nachhutgefechte wurden vor allem 1910 geschlagen, als Edmund Schopen seine Flugschrift erscheinen ließ: „Köln“, eine innere Gefahr für den Katholizismus“.⁵⁰ In ihr trug der Einlader und Protokollschreiber der „Osterdienstagskonferenz“ noch einmal alle Vorurteile und Bedenken gegen das interkonfessionelle Zentrum und seine Verfechter zusammen. Hermann Roeren zog bei der Sitzung des Landesausschusses der preußischen Zentrumspartei am 24. Oktober 1910 seine zunächst gegebene Empfehlung der Schopen'schen Broschüre zurück. Am 29. März 1912 trat er unter Niederlegung seiner Mandate im Deutschen Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus aus der Zentrumsfraktion aus. Er gab dazu eine umfangreiche Erklärung ab,⁵¹ wobei er seine Treue zu den Grundsätzen des alten v. Mallinckrodt-Windthorst'schen Zentrums betonte. Das grundsätzliche Anliegen aber blieb im deutschen Katholizismus aktuell.

⁴⁷ Hoeber a.a.O. S. 82.

⁴⁸ Hoeber a.a.O. S. 82.

⁴⁹ Salomon a.a.O. S. 132 f.

⁵⁰ „Köln“, eine innere Gefahr für den Katholizismus. Von einem Geistlichen. 1910.

⁵¹ Hoeber a.a.O. S. 133 f.

IV.

Bereits die zeitgenössische Publizistik hat sich die Frage nach Ergebnis und Folgen des Zentrumsstreites vorgelegt. Sie ist zu verschiedenen Auffassungen gelangt, obwohl sie in der Meinung übereinstimmte, daß der aus diesem Streit entstandene Schaden für das katholische Deutschland und für die deutsche Politik groß gewesen sei.

Die dem Zentrum nahestehende „Niederrheinische Volkszeitung“ schrieb:

„Für eine einseitige konfessionelle Partei ist in unserem deutschen Vaterland kein Platz. Eine solche wäre ein Fremdkörper in unserem Staatskörper. Auch würde sie zur unmittelbaren Folge die Bildung des dauernden antikatholischen Blocks haben, der uns bösen Tagen entgegenführen könnte. Nach dem Vorhergehenden kann es auch für niemand zweifelhaft sein, daß die Gründer und Führer das Zentrum für alle auf dem Boden einer allgemeinen christlichen, nicht aber auf dem Boden der spezifisch katholischen Weltanschauung gestellt haben. Die neue Bewegung ist nur Wasser auf die Mühle der grimmigsten Gegner des Zentrums, der ‚antiultramontanen‘ Kulturkämpfer und der Deutschen Vereinigung, die mit dem Vorwurf des einseitigen Konfessionalismus des Zentrums hausieren geht. Der Versuch der Kölner ‚Zehn-männerliga‘ wird durch das Programm und die Geschichte des Zentrums verurteilt. Wir bleiben dem alten Zentrum treu, wie es Windthorst, Reichensperger, Schor-lemer und alle die bekannten ruhmreichen Führer der Partei uns überliefert, und wie es auch heute noch das Ideal der führenden Persönlichkeit in der Zentrums-fraktion wie der 2½ Millionen treuen Zentrumswähler ist. Politisch frei und unab-hängig, eine Partei des Volkes und für das Volk, feststehend auf dem Boden der Ver-fassung, wollen wir allezeit kämpfen für Wahrheit, Recht und Freiheit, für den Sieg der christlichen Weltanschauung. Wer immer zu dem Programm der Partei sich be-kennt, der soll unser Freund und Bruder sein.“⁵²

Die liberal orientierte „Deutsche Volkszeitung“ erklärte:

„Es unterliegt keinem Zweifel, wenn der Bogen der Konfessionalität von Dr. Bit-ter und Genossen überspannt wird, muß es dem Zentrum über kurz oder lang ebenso ergehen wie ehemals in den rein katholischen Ländern den übertrieben kirchlich-konfessionellen Parteien. Darin liegt eine Gefahr für das Zentrum und unsere ganze Entwicklung, welche von der Kölnischen Volkszeitung ganz richtig erkannt wird. Darüber müßten die Protestanten, insbesondere auch die Liberalen, wenn ihnen eine normale Entwicklung des Reiches wirklich am Herzen läge, sich aufrichtig freuen, statt diese Bestrebungen der Kölnischen Volkszeitung lediglich aus Katholiken- und Parteihaß zu verhöhnen. Aber nicht nur auf konfessionellem Gebiete richtete die Verhetzung unabsehbaren Schaden an, sondern ebenso sehr auf rein politischem Ge-biet.“⁵³

Die „Neuen Hessischen Volksblätter“ verwiesen in einer knappen Formu-lierung auf eine andere Gefahr: „Lachend sieht die Sozialdemokratie zu. Sie allein profitiert davon, wenn sich Katholiken und Protestanten fragend gegenüberstehen. Alle Fehler des Bürgertums und der Konfessionen kommen ihr zugute.“⁵⁴ Diese Erkenntnis war auch den Führern des Zentrums eigen. Peter Spahn befaßte sich in einer Zentrumsversammlung am 28. Dezember 1910 in Bonn ausführlich mit dem Fragenkreis des Zentrumsstreites und erklärte:

„Bei der Gründung der Zentrumsfraktion beteiligten sich Protestanten, nicht bloß Hannoveraner, sondern auch Preußen und Badener. Die Einleitung des Kultur-kampfes durch Bismarck stieß bei diesen vom Standpunkt ihrer Religionsgesellschaf-ten aus auf nicht minder heftigen Widerspruch wie seitens ihrer katholischen Frak-“

⁵² Niederrheinische Volkszeitung. Nr. 90 v. 31. Juli 1909.

⁵³ Deutsche Volkszeitung. Nr. 11062 v. 5. Aug. 1909.

⁵⁴ Neue Hessische Volksblätter. Nr. 136 v. 11. Aug. 1909.

tionskollegen. Bismarck war es nicht leicht, den Kaiser Wilhelm I. in den Kulturkampf hineinzuziehen. Ihn ließ gerade die Wahrnehmung zaudern, daß Evangelische Schulter an Schulter mit den Katholiken kämpften. Dazu kam, daß auch in der konservativen Fraktion des Landtages eine Anzahl evangelischer Altkonservativer Gegner der Kulturkampfgesetze geblieben waren. Die anfängliche Unschlüssigkeit des Kaisers ist zwar äußerlich überwunden worden, auf den Abbruch des Kulturkampfes ist sie aber nicht ohne Einfluß geblieben. Daraus sollten die, welche die Konfessionalisierung der Zentrumspartei erstreben, die Lehre des Irrtums ihrer Bestrebungen ziehen. In voller Würdigung der Verhältnisse haben die Gründer der Zentrumsfraktion diese auf den Verfassungsboden gestellt und jeden konfessionellen Charakter abgestreift; sie haben umgekehrt die Zugehörigkeit Evangelischer zur Fraktion aus sachlichen Gründen begrüßt. Diese Zugehörigkeit würde prinzipiell unmöglich werden, wenn die Konfessionalisierungsbestrebungen von Erfolg begleitet wären. Mit ihnen würden wir den Charakter unserer Partei zu unserem eigenen Schaden verändern. Schon die Soester Richtlinien der Zentrumspolitik haben nur kirchenpolitische Fragen berührt: Die Erhaltung der Selbständigkeit und Rechte der Kirche, Abwehr jeden Angriffs auf die Unabhängigkeit der kirchlichen Organe, auf die Entwicklung des religiösen Lebens und die Entfaltung christlicher Liebestätigkeit, Durchführung der Parität der anerkannten Religionsbekenntnisse. Die Richtlinien haben an sich sogar mit der christlichen Weltanschauung nichts zu tun. Für den Charakter der Fraktion sind aber die Richtlinien maßgebend geworden.“⁵⁵

Der überwiegende Teil des Zentrums schloß sich dieser Auffassung an. Er sah in der Forderung Bachems eine bewußte Wiederaufnahme von Absichten und Überlegungen aus der Gründungszeit des Zentrums. „Je mehr der katholische Volksteil zu neuem Kraftgefühl und Tätigkeitsdrang heraufwuchs, desto stärker wurde das drückende Bewußtsein der Isolierung und allmählich siegte doch bei den Kräftigeren der Wille zur Durchbrechung des Ghettos. Das wird nun geradezu das Kennzeichnende am deutschen Katholizismus um 1900: der Wille zur Anteilnahme am gesamten Schicksal der Nation, das Bekenntnis zur Aufgabe des Hineinwachsens in das nationale Staats- und Kulturleben.“⁵⁶

Die politische Entwicklung zeigte immer eindrucksvoller, daß dem Zentrum der Durchbruch zur vollen Verantwortung im Staate verwehrt bleiben werde, wenn es seine politische Plattform nicht entscheidend verbreiterte. Den Anstoß dazu gab vor allem die wachsende Erkenntnis, daß die vielfältigen Probleme konfessionellen Zusammenlebens in Deutschland besser durch konfessionelles Zusammenwirken als durch konfessionelle Polemik gelöst werden könnten. „Bei dem Bemühen der deutschen Katholiken, in die Gesamtlinie des deutschen Volks-, Staats- und Geisteslebens einzuschwenken, wird man leicht feststellen können, daß überall da, wo es sich mehr um praktische Probleme handelte, um die Durchbrechung einer politischen oder einer beruflichen Wand, um die Erweisung der politischen und sozialpolitischen Ernsthaftigkeit und der hochwissenschaftlichen Ebenbürtigkeit, die geistige Umstellung keinen tieferen Hindernissen und Schwierigkeiten begegnete. Eifer, Energie und Zähigkeit erreichten das Ziel. Wo es aber um Grundsätzliches ging, um letzte geistige Wertungen — z. B. des Staates, der nationalen Einheit, der gemeinsamen Kultur, der weltlichen Kultur überhaupt —, da lief es nicht ohne mehr oder weniger schwere Krisen ab. Überall

⁵⁵ KVZ. Nr. 1092 v. 29. Dez. 1910.

⁵⁶ Philipp Funk, Der Gang des geistigen Lebens im katholischen Deutschland unserer Generation. In: Wiederbegegnung von Kirche und Kultur in Deutschland. 1927. S. 86 f.

da, wo sich eine eigene Ghettohaltung herausgebildet hatte, wo durch Ersatzwerte aus eigener Produktion Selbstvergiftung mit Ressentiment eingetreten war, kostete es einen gewaltsamen Durchbruch. Wo immer sich die tatsächliche Kultur — „Inferiorität“⁵⁷ auf den vermeintlichen Reichtum der eigenen Welt und ihrer glorreichen Tradition zurückgezogen hatte und wähnte, der theoretische Besitz der Wahrheit und einer jahrtausendalten Überlieferung erspare die Arbeit in und an der Gegenwart, da mußte es erst Scherben geben, ehe das Leben wieder aus der Umschnürung eines trügerischen Besitzwahnnes loskam.“⁵⁸

Bachems Anliegen war die Zusammenführung der gerne angesprochenen, niemals aber genau analysierten „christlichen Kräfte“ in einer politischen Gemeinschaft. Er sah darin eine parteipolitische, staatspolitische und kirchenpolitische Notwendigkeit. Er sah darin aber auch eine durchaus begrüßte Gelegenheit, den bezweiferten Charakter des Zentrums klar zu umschreiben. Das Ergebnis der dadurch eingeleiteten, von der geistig-religiösen Auseinandersetzung der Zeit unterspülten Kontroverse war die Bestätigung und Bekräftigung der Auffassung, daß das Zentrum weder eine kirchliche noch eine konfessionelle Partei sei. Dabei wurde auf die Einmütigkeit über diese Fragen in der Geschichte des Zentrums verwiesen. Ketteler hatte erklärt: „Ich wäre nie dem Zentrum beigetreten, wenn es eine konfessionelle Partei wäre.“⁵⁹ Während und nach dem „Zentrumsstreit“ sprachen sich die Repräsentanten des Katholizismus in diesem Sinne aus. Des eindringlichen Appells Kardinal Fischers auf dem Katholikentag 1906 in Essen wurde bereits gedacht.⁶⁰ Begeisterte Zustimmung erhielten die Worte, die die Katholiken Augsburgs 1910 in ihrer Einladung zu der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands fanden: „In diesem Kampfe steht nicht mehr Christ gegen Christ, sondern es stehen oder sollen stehen alle Christen vereint gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Unglauben und das Freidenkertum, das nunmehr mit offenem Visier gegen Thron und Altar mobil macht. Enger Zusammenschluß aller treuen Christusbekenner, Erforschung der besten Abwehr- und Verteidigungsmittel, Ausgleichung des doch nur vorgeblichen Gegensatzes zwischen Christentum und wahrer Kultur, Fortschrittsbestrebungen auf allen Gebieten der wahren Kunst und Wissenschaft, Stärkung der kirchlichen und staatlichen Autorität, — diese und manch andere einschlägige Fragen sollen beraten, beschlossen und zur Durchführung vorbereitet werden.“⁶¹ Diese Kundgebungen bestätigten sowohl eine allgemein vorhandene Erwartung auf konfessionelle Zusammenarbeit als auch den politischen Charakter des Zentrums. Ihn hatte Hertling bereits im April 1905 mit der Feststellung bezeugt: „... Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die deutsche Zentrumspartei keine kirchlich-religiöse, sondern

⁵⁷ Funk sagt dazu in einer Anmerkung: „Das von Hertling wenn nicht geprägte, so doch zum Kampfurf erhobene Wort ist auch jetzt wieder gescholten worden. Aber aus Mißverständnis. Was Hertling und seine Genossen feststellten, war ja nicht ‚Inferiorität‘ des geistigen Besitzes des Katholiken, nur eine Rückständigkeit in dessen *praktischer Auswertung* für das Gesamtleben der Nation. Nicht ein stärkeres Selbstbewußtsein konnte da helfen, nur stärkere Aktivität. Selbstbewußtsein ohne diese Aktivität wäre pharisäisch gewesen.“ Funk a. a. O. S. 94.

⁵⁸ Funk a. a. O. S. 93 f.

⁶⁰ Kißling a. a. O. S. 320.

⁵⁹ Zitiert nach: Schulte a. a. O. S. 21.

⁶¹ Kißling a. a. O. S. 330.

eine politische Partei ist, wenn auch die Faktoren, welche sie ursprünglich entstehen ließen und auch jetzt noch auf ihren Fortbestand einwirken, dem religiösen, ja sogar konfessionellen Gebiete angehören. Man wird noch einen Schritt weiter gehen und den allgemeinen Satz aufstellen können, daß eine Partei, welche für die Wahrung religiöser und kirchlicher Interessen eintritt, im öffentlichen Leben der Gegenwart nur dann Bestand gewinnen und Erfolge erlangen kann, wenn sie zugleich eine politische Partei ist oder sich dazu entwickelt. Die religiösen Motive allein reichen dazu nicht aus.“⁶² Während des Auslaufs des „Gewerkschaftsstreites“ schrieb der bayerische Gesandte beim Heiligen Stuhl, Ritter, am 19. Februar 1914 an Graf Hertling aus Rom:

„Ich begegnete gestern dem Msgr. Pacelli und sprach ihn darauf an, daß er nun wieder einmal über die Gewerkschaftsfrage in der ‚Kölnischen Volkszeitung‘ viel zu lesen haben werde, und empfahl ihm besonders die genaue Lektüre der Rede, die der Geistliche Rat Wacker kürzlich in Essen bei einer Vereinigung von Zentrumsmitgliedern über den nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums gehalten habe und die vermutlich auch den Kardinalstaatssekretär, mit dem ich kürzlich über diese Frage gesprochen habe, interessieren würde.

Msgr. Pacelli erwiderte mir, daß ihm diese Rede schon aufgefallen sei, daß er sie aber noch nicht genau gelesen habe. Er begreife, daß eine konfessionelle, katholische Partei den Bischöfen in Deutschland nach Umständen Schwierigkeiten bereiten könnte und daß eine solche daher auch vom rein kirchlichen Standpunkte vielleicht nicht unbedingt das anzustrebende Ideal wäre.“⁶³

Der Ausgang des „Zentrumsstreites“ trug nicht nur zur zentrums-internen Klärung bei. Er räumte die religiös-konfessionellen Widerstände zur Seite, die vorhanden waren oder immer wieder in das allgemeine Bewußtsein gerückt wurden. Eine tiefe Sehnsucht nach Zusammenarbeit der Konfessionen in der politischen Verantwortung löste den Zentrumsstreit aus und begleitete seinen Verlauf. An seinem Ende stand nicht deren Verwirklichung. Aber die Erkenntnis ihrer Notwendigkeit im Interesse des deutschen Volkes war laut und deutlich ausgesprochen worden. Es war zunächst ein Ruf in die Wüste mangelnden Willens und mangelnder Bereitschaft zur Begegnung und zur Verständigung. Indem aber in einer — in der Retrospektive durchaus als „prophetisch“ anzusprechenden — Sorge um die parteipolitische Struktur in Deutschland diese Notwendigkeit ausgesprochen wurde, wurde die Hoffnung aufgepflanzt, die Zeit möge dafür reif werden. Weil sich allenthalben die Ahnung riesenhafter Aufgaben deutscher Politik und deutscher Entwicklung ausbreitete, bahnte sich die Durchsetzung der Auffassung an, daß deren Bewältigung — im Sinne der von Josef Edmund Jörg bereits 1881 getroffenen Feststellung — nur für die Schultern *einer* Konfession zu schwer sei.

⁶² Georg Freiherr von Hertling, Politische Parteibildung und soziale Schichtung. Hochland. II. Jahrgang. Bd. II. S. 47—57.

⁶³ Ritter an Hertling. Brief v. 19. Febr. 1914. Pol. Archiv / GStA. Mü.